Schikanierung der demokratischen und sozialdemokratischen Beamten, wie auch der Beamten vom Zentrum ist unerträglich geworden. Sozialdemokratische Beamte sind geradezu geächtet. Die Beamten, wir betonen das laut, dürfen sich das nicht mehr gefallen lassen. Wir hoffen, daß sie, wo es notwendig, sich beschweren und an die Abgeordneten des Reichstags und Landtags wenden. (Zuruf links: Wird es einen Zweck haben?) Wir hoffen ja, und das um so mehr, wenn Sie uns Ihre Unterstützung geben. Man soll mich nicht mißverstehen: wir wollen keine Gesinnungsschnüffelei treiben. Außerhalb des Dienstes kann der Beamte tun und lassen, was er will. Aber im Dienste verlangen wir loyales Verhalten. Wenn ein Mann wie der Staatssekretär Bredow auf dem Bahnhof sich als gehässiger Antisemit betätigt, so ist das schon mehr als eine Geschmacklosigkeit. Die Aufklärung, die wir vom Reichspostminister Giesberts bekommen haben, genügt uns nicht.

Nun ein Wort über die Wehr der Republik. Die Rechtspresse höhnt, in der Reichswehr gäbe es nur einen einzigen Republikaner, und das sei der Reichswehrminister Geßler. Ich glaube das nicht. Ich bin überzeugt, daß der größte Teil der Reichswehrsoldaten republikanisch gesinnt ist. Auf alle Fälle können wir aber keinen Pfennig für eine Reichswehr verantworten, die nicht absolut republikanisch gesinnt wäre. Es zeigt sich, daß auch jetzt wieder Selbstmorde im Heer vorkommen infolge ungebührlicher Behandlung. Manche Offiziere sind dabei, das Ueberwachentum wieder einzuführen. Dagegen muß mit voller Schärfe vorgegangen werden. Die Mannschaft soll anständig, mehr noch, sie soll gut behandelt werden. Wir sind bereit, für die Mannschaft einzutreten, wenn ihr unrecht geschieht.

Ein Wort über die Kappisten. Das Ziel der Kappisten ist bekanntlich darin bestanden haben, die besten, tapfersten, bescidensten Männer in Deutschland an die Regierung zu bringen. In Leipzig hat man diese besten, tapfersten, bescheidensten Männer splitternackt gesehen. Ein Bild, das Gott erbarmt! Wirklich, da war Hölzein-Held gegen diese „Helden". Die Herren waren im März 1920 ebenso tapfer, wie im November 1918. Ludendorff ging 1918 mit der blauen Brille durch und 1921 kam er mit einem blauen Auge davon. Die Reichskanzlei der Kappisten wurde in Leipzig als Händler- und Schieberbörse geschildert. Ludendorff selbst erklärte, er habe Unschöneres nie gesehen. Kapp wollte 10 Millionen von der Reichsbank für die Truppenbesoldung abheben. Was tat Hölz anders, wenn er auf den Banken Geld für die Rote Armee holte? Alle Kappistengenerale erklärte in Leipzig, sie hätten von nichts gewußt. Alle glaubten, daß es sich beim Kapp-Putsch um den Schutz der Republik gegen den Bolschewismus handele. Deshalb fanden sich die Herren schon früh um 6 Uhr am Brandenburger Tor ein. Nur jene drei Unteroffiziere, die in Leipzig den Schleier zerrissen, wußten, was los war. Weil sie der Republik treu waren, wurde ein Disziplinarverfahren gegen sie eröffnet. Vielleicht gibt uns der Herr Minister Aufschluß darüber, was aus diesem Verfahren geworden ist! Leipzig enthüllte die Feigheit und Unfähigkeit der alldeutschen Götzen. Wäre die deutsche Armee aus lauter solchen „Helden" zusammengesetzt gewesen, der Krieg hätte keine 14 Tage gedauert. Vor dem Kriege haben diese „Helden" mit ihrer Schnoddrigkeit alle Welt auf uns gehetzt, im Kriege haben sie mit ihrem Maulheldentum den Frieden sabotiert und mit ihrer Unfähigkeit haben sie schließlich die Niederlage verschuldet. (Lärm rechts.) Sie (nach rechts) fühlen sich getroffen, wenn ich so von Ihren „Helden" spreche. In den nächsten Tagen wird im Verlag für Politik und Wirtschaft ein Buch erscheinen, daß von Ihrem „Helden" Ludendorff ein Porträt entwirft, bei dessen Anblick einem schlecht werden kann. Kein Geringerer als der Konservative Hans Delbrück ist es, der diesen „Helden" Ludendorff überaus treffend charakterisiert. Er sagt, alle wirklich großen Strategen seien mehr Staatsmänner, als Soldaten. Ludendorff sei nur Soldat und deshalb kein Stratege gewesen. Für große strategische Aufgaben habe Ludendorffs Denkkraft nicht hingereicht. Heute versuche er durch Beschimpfung seiner Mitarbeiter und seiner Soldaten seine eigenen Fehler zu verdecken. Im Oktober 1918 sei Oberst Bauer nach Berlin gekommen und habe verlangt, daß Ludendorff von seinem Posten wegmüsse, da dessen Nerven völlig zusammengebrochen seien. Ludendorff — so betont Delbrück — war es, der der Monarchie das Rückgrat gebrochen hat. Eine Persönlichkeit, die der Leitung der Dinge nahestand, sagte um die Wende des Jahre 1917/18: „Wir werden von einem wahnsinnig gewordenen Kadetten regiert" (Zuruf rechts: Delbrück ist kein Fachmann. — Große Heiterkeit im ganzen Hause.). Ich rege Sie sich (nach rechts) nur nicht auf! Professor Delbrück ist es, der schreibt: das Reich, das von Bismarck und Moltke gebaut wurde, ist von Tirpitz und Ludendorff zerstört worden. Ludendorff macht es in seinen Büchern genau so, wie es die Kappisten vor dem Reichsgericht in Leipzig gemacht haben; der eine klagt den andern an, um sich rein zu waschen. Nichts hat mich aber bei der Lektüre des von mir erwähnten, demnächst erscheinenden Buches so erbittert, als das, was Oberst Bauer über Hindenburg und Delbrück gesagt hat: Wir haben ihm, nämlich Hindenburg, zuletzt gar nicht mehr gesagt, wo die Armeekorps standen. (Großer Lärm rechts. — Zurufe von rechts und von links.) Dem Professor Delbrück glaube ich mehr, als Ihnen. In jedem andern Staat hätte man Leute wie Ludendorff vor den Staatsgerichtshof gezogen. (Zurufe rechts: Wo bleibt der Etat?) Was soll diese Frage? Jeder parlamentarische Neuling weiß doch, daß die Beratung des Etats die einzige Gelegenheit gibt, solche Dinge im Parlament vorzubringen. Also, diese gleichen Alldeutschen, die Hindenburg den Volksmassen als Ideal hinstellten, erklären ihn für eine Null, den man nicht einmal mehr gefragt habe, wie die Situation überhaupt lag. Dem alldeutschen Wahnsinn ist aber ja bekanntermaßen überhaupt nichts heilig. Sprechen doch die deutschvölkischen Zeitungen von Jesus als einem internationalen Juden, den man nicht mit Bismarck vergleichen und auf eine Stufe stellen könne. In der letzten Zeit ging die deutschvölkische Hetze besonders gegen Wirth und Rathenau. (Widerspruch rechts.) Ja, Sie (nach rechts) wenden immer die Leipziger Methode an, wenn Ihnen etwas nicht paßt. Sie wissen von nichts. Tag für Tag setzen die rechtsbolschewistischen Blätter und den politischen Führern der Linken wird das Schicksal Erzbergers prophezeit. (Zuruf des Abg. Helfferich: Wo denn?) Aber, Herr Helfferich, was soll denn die gemachte Nervosität. Die nationalistische Presse erzählt ihren Lesern, der Feind habe schon gewußt, was man den Herren aus Baden, den Wirth und den Ebert zumuten könne. Ich sage: den Herren aus Baden ist es zu danken, wenn viel im deutschen Osten gerettet wurde, wenn viel überhaupt von Deutschland gerettet wurde. Darüber ist sich doch wohl jeder einsichtige Mensch klar, daß mit deutschnationaler Politik alles verloren und zugrunde gerichtet worden wäre. (Großer Lärm rechts. — Stürmisches Bravo! links.) Man muß immer wieder von der nationalistischen Hetze sprechen, weil bei uns der fanatische Haß der Rechten im Volke vielfach nicht genügend Beachtung findet. Das Ausland aber sagt sich: wie stark muß die Reaktion in Deutschland sein, wenn die Republik sich eine solche Schweinerei gefallen läßt. Briand sagte in Washington, es gäbe zwei Deutschland. Briand meinte, wenn es den Kappisten gelungen wäre mit ihrem Putsch durchzudringen, dann wäre heute wieder das alte Deutschland da. Ich muß sagen, leider ist ein Körnchen Wahrheit dabei. Doch soll sich Briand gesagt sein lassen, daß das neue Deutschland jeden Versuch der Reaktion niederschlagen wird. Die reaktionären Herrschaften sind gewarnt. Sie werden sich ein zweitesmal bös die Finger verbrennen. Es sind schlimme Dinge, die wir heute in der Presse über Bayern gelesen haben. Diese Dinge sind zu ernst, als daß man sie (nach rechts) mit Lachen abtun will. Herr Abel (Abg. Helfferich: Wer ist Abel?) Herr Helfferich, das Eine steht fest, daß Ihre Partei bei Bayern sich auf dem solche Dinge wie die aus Bayern gemeldeten geben kann. Nach dem Bericht des Herrn Abel hat Sanitätsrat Dr. Pittinger, der Nachfolger Escherichs, erklärt:

„Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, unter dem Protektorat Frankreichs, uns vorübergehend vom Reiche zu trennen."

Zusammenfassend will ich betonen: Das Arbeitervolk in Deutschland wird dafür sorgen, daß kein bayerischer Prinz die Königskrone sich aufsetzt, auch wenn er sie aus der Hand Frankreichs erhalten sollte. Die Arbeiterschaft steht auf der Wacht und nicht bloß für Bayern. Die Arbeiterschaft weiß, daß der Republik heute von links her keine Gefahr mehr droht.

Diese Tatsache ist ein Lichtpunkt. Es zeigt sich, daß die Arbeiten der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse erfolgreich gewesen sind. Die geistige und moralische Krise, die mit dem Krieg und nach dem Krieg kam, ging rascher vorüber, als man vermutete. Es war ein begreiflicher Irrtum, daß viele Arbeiter glaubten, der Zusammenbruch Deutschlands und Rußlands sei gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch des Kapitalismus überhaupt. Heute ist der Glaube, mit Hilfe der Gewalt die soziale Frage lösen zu können, tot. Zum letzten Male flammte dieser Glaube in Mitteldeutschland auf. Die Enthüllungen des Vorwärts haben wie ein Gewitter reinigend gewirkt.

Man kann die kommunistische Partei heute ganz ruhig ihren Diskussionen überlassen. Zwei Richtungen in ihr gibt es heute nur: eine orthodoxe, die die Fehler verteidigt, und eine andere, die die Fehler verurteilt und die Entfernung der Schuldigen verlangt. Wir haben ein Kapitel in der deutschen Geschichte abgeschlossen, das den Titel trägt:

Ende des Putschismus!

Unser Kampf gegen links galt nie den Personen, sondern nur dem Irrtum. Die politische und soziale Sturmflut der letzten Jahre mußte natürlicherweise viel Schlamm aufrühren. Heute aber sehen die Arbeiter wieder klar. Die Republik hat selbstverständlich die Pflicht, sich zu schützen. Sie muß den Kampf führen gegen gemeine Verbrecher. Aber die Republik ist keine Rächerin an verirrtem Idealismus. Die juristische Liquidierung des Märzaufstandes muß rasch erfolgen. Den Arbeitern, die aus Idealismus gekämpft haben, muß die Republik zeigen, daß sie auch verzeihen kann. Gebt diese in den Kerkern schmachtenden Arbeiter frei. Gebt den Kindern den Vater wieder. Die Republik muß sich vor allem auf die Schultern der deutschen Arbeiter stützen.

Die Sozialdemokratie weiß, daß sie eine große Mission zu erfüllen hat. Das Görlitzer Programm zeigt den Weg. Weit über den Achtstundentag hinaus geht unser Ziel. Wir wollen nicht stehen bleiben. „Wenn ich beharre, bin ich Knecht." Nachdem die nationalistischen Machträume verschwunden, nachdem die kommunistischen Angriffe zerschellt sind, gibt es nur einen Weg:

den Weg der Sozialdemokratie.

Und deshalb rufen wir voll Vertrauen und Zuversicht: Mit diesem Deutschland, mit dem geschlagenen, trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse für Frieden, Republik und Sozialismus in der Welt voran. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Reichert (Dn. Vp.): Der Abgeordnete Scheidemann hat nur eine Agitationsrede gehalten, anstatt den Etat ernsthaft zu prüfen. Die Ausgaben sind immer noch nicht auf das Stärkste eingeschränkt. Die Gefahr der Ueberfremdung unsrer Volkswirtschaft ist groß. Die schematische Beibehaltung des Achtstundentages ist selbst von der Regierung als unerträglich anerkannt worden.

Vizepräsident Dr. Nießer ruft den Abg. Helfferich (Dnat Vp.) nachträglich zur Ordnung, weil er eine Aeußerung des Abg. Scheidemann (Soz.) als „unverschämt" bezeichnet hat.

Abg. Dr. Cuno (D. Vp.): Der Finanzverwaltung gebührt Anerkennung wegen der Uebersichtlichkeit des neuen Etats. Die Vorlegung der an die Reparationskommission gesandten Denkschrift muß bald geschehen, da sie weitere Aufschlüsse über die Finanzverwaltung geben kann. Wir danken dem Minister für seine Abwehr der französischen Angriffe. Man bedenkt draußen nicht, daß mit dem Verlust unsrer Auslanddeutschen das Reich allein 20 Milliarden Gold eingebüßt hat. Demgegenüber stehen die unerhörten und ungerechten Forderungen der Besatzungsbehörden. Das Versagen der Verwaltung ist nicht nur Schuld der Beamten, sondern auch der Verwaltung selbst.

Das Gesetz über den Haushaltplan 1922 wird darauf an den Haushaltausschuß überwiesen. — Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Fortsetzung der Etatsdebatte, Kleine Vorlagen.

Die Orgesch gegen die Reichseinheit

Der frühere Redakteur der Deutschen Zeitung, August Abel, erhebt in der W. a. M. außerordentlich schwere Anklagen gegen die Leiter der Orgesch, die er mit protokollarischen Zeugenaussagen und Dokumenten belegt. Insbesondere klagt er den Sanitätsrat Dr. Pittinger, den Leiter der Orgesch nach Escherichs Rücktritt, an, bayerische Loslösungstendenzen unter dem Protektorat Frankreichs begünstigt zu haben. Pittinger habe ferner mit einem Dr. Heimerdinger, der in Wirklichkeit der steckbrieflich gesuchte Dr. Heil sein soll, in Massen Waffen nach Ungarn an die erwachenden Madjaren verschoben. Diese Waffen hätten dann den ungarischen Banden dazu gedient, um das deutsche Burgenland gewaltsam zu besetzen. Vor der Wahl Lerchenfelds zum Ministerpräsidenten habe Pittinger eine bewaffnete Aktion vorbereitet, falls ein ihm unangenehmer Ministerpräsident gewählt würde. Escherich selber habe von diesem Treiben gewußt, wenn er es auch öffentlich verleugnet habe. So habe z. B. der berüchtigte Obergeometer Kanzler unter Escherichs Protektorat 10 Waggons Waffen und Munition auf dem Donauweg von Bayern nach Ungarn geschafft. Mit diesen Waffen sind die Abteilungen Heijas und Pronay ausgerüstet worden, die am 17. Dezember 1921 auf Wien marschieren sollten, um es zu besetzen und den Alpenstaat (Bayern, Oesterreich) zu proklamieren. Natürlich waren die unvermeidlichen Oberst Bauer und Major Bischoff auch dabei. Ferner wird Escherich vorgeworfen, er habe den in Oberschlesien kämpfenden Oberländern jede Unterstützung entzogen, weil er die bewaffneten Formationen für die Aufrichtung einer Diktatur in Deutschland selber hätte bereit haben wollen, die nach Aussage seiner Getreuen eine Diktatur Escherichs sein sollte.

Dies ist eine kurze Zusammenfassung der Beschuldigungen, die noch sehr viele Einzelheiten enthalten. Das Charakteristische daran ist, daß der Ankläger ein weit rechtsstehender deutschnationaler Politiker ist, der die Geheimnisse der Orgesch aus Schmerz darüber enthüllt, wie hier mit der deutschen Einheit Schindluder getrieben wurde. Wenn er sie in einem linksstehenden Blatt veröffentlicht, so nur deswegen, weil alle von ihm angegangenen rechtsstehenden Blätter die Aufnahme verweigert haben!

Wie die Telegraphen-Union aus München erfährt, hat die Staatsanwaltschaft des Landgerichts München I Haftbefehl wegen des angeblichen Schriftstellers Hubert von Leoprechting wegen Verdachts des Landesverrats erlassen. Leoprechting ist vor zehn Tagen aus München verschwunden. Er soll in das besetzte Gebiet geflüchtet sein. Der Tag fällt mit dem Zeitpunkt zusammen, an dem sein Name als Verfasser der bekannten Denkschrift über die angeblichen monarchistischen Umtriebe in Bayern in der Presse genannt wurde. Er war der Herausgeber der „Neuen deutschen Korrespondenz".

Trebitsch-Lincoln

Der politische internationale Spitzel Trebitsch-Lincoln ist nach Pressemeldungen in Newyork verhaftet worden. Er gestand, im Kriege deutscher Spion gewesen zu sein, während er gleichzeitig Mitglied des englischen Parlaments war. Trebitsch-Lincoln ist gebürtiger Ungar.

Trebitsch-Lincoln hat bekanntlich auch während des Kapp-Putsches eine hervorragende Rolle gespielt und zählt zu den sieben Personen, die als Führer des Unternehmens vom Reichsgericht noch immer steckbrieflich verfolgt werden. Er war in jenen Tagen der Vertraute der militärischen Kamarilla um Ludendorff. In dem Erinnerungsbuch „Mit Ehrhardt durch Deutschland", das ein Offizier vom Stabe Ehrhardts geschrieben hat, wird ihm noch ein ausdrückliches Anerkennungszeugnis ausgestellt. Er war es auch, der am 17. März, als Ludendorff seinen Finger aus der heißgewordenen Bratpfanne ziehen wollte, den durch den Jagow-Prozeß bekanntgewordenen Brief an ihn schrieb: „Exzellenz haben alle unsre Pläne gekannt und gebilligt. Exzellenz dürfen uns jetzt nicht im Stiche lassen." Trebitsch-Lincoln hat mit Ludendorff auch gemeinsame Pläne zur Niederwerfung des Bolschewismus in Rußland geschmiedet. Alles in allem, ein Freund, auf den Herr Ludendorf stolz sein kann.

Die Pariser Orient-Besprechung aufgeschoben

Paris, 30. Januar. Wie Havas mitteilt, hat die französische Regierung erst gestern den Kabinetten in Rom und London das Memorandum zugehen lassen, in dem der französische Standpunkt in der Orientfrage im Gegensatz zum englischen Standpunkte, der in Rom und Paris mitgeteilt wurde, auseinandergesetzt wird. Lord Curzon verlangte, daß die Zusammenkunft der drei Außenminister um einige Tage verschoben werde, da das französische Memorandum geprüft werden müsse. Ebenso hat della Torretta eine Vertagung für angebracht erklärt, damit die vorgesehene Ministerzusammenkunft auf Grund völliger Kenntnis der verschiedenen Auffassungen stattfinden könne. Torretta hat in London seine Stellung bezüglich des Memorandums bereits wissen lassen und auch die französische Regierung von dieser in Kenntnis gesetzt.

Die Lösung der ägyptischen Frage

London, 30. Januar. In einer Erklärung des Auswärtigen Amtes heißt es: Die britische Regierung habe sich bereit erklärt, das Parlament aufzufordern, das Protektorat über Aegypten zu übernehmen, Aegypten als souveränen Staat anzuerkennen und der Bildung eines ägyptischen Parlaments sowie der Errichtung eines Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten zuzustimmen und zwar unter folgenden Bedingungen:

1. müssen die Reichsverbindungswege gesichert werden,
2. erhält Großbritannien das Recht und die Macht zum Schutze der ausländischen Gemeinschaften in Aegypten,
3. muß Aegypten gegen jede Einmischung oder Angriff von außerhalb geschützt werden.

Sobald ein derartiges Abkommen zwischen der britischen und der ägyptischen Regierung entworfen worden sei, werde jene nicht zögern, das Parlament zu ersuchen, ein solches Uebereinkommen zu genehmigen.

Englische Anerkennung

London, 30. Januar. Ueber die Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission schreiben die Times: In England bestehe alle Neigung, jeden ehrlichen Versuch Deutschlands anzuerkennen, das Möglichste zu leisten, insbesondere in der schwierigen Frage der Reparationen. Vielleicht stelle die deutsche Antwort an die Reparationskommission einen solchen Versuch dar. Die deutsche Regierung habe jedenfalls beträchtliche Anstrengungen unternommen. Die Aufnahme der Rede Dr. Wirths im Reichstage zeige, daß seine Politik eine starke Unterstützung finde.

Letzte lokale Nachrichten

Entscheidung in der Lohnbewegung der sächsischen Gemeindearbeiter

In der Sitzung des gemeindlichen Zentralausschusses in Berlin vom 30. Januar ist unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister ernannten Unparteiischen ein einstimmiger Schiedsspruch gefällt worden. Er hat den Spruch der Bezirksschiedsstelle Dresden vom 26. Januar im allgemeinen aufrechterhalten, jedoch dahin abgeändert, daß die Teuerungszuschläge für Handwerker, für angelernte und ungelernte Arbeiter und für die Facharbeiterinnen um 10—20 Pf. für die Stunde erhöht werden. Die Parteien haben sich innerhalb einer Woche zu erklären, ob sie den Schiedsspruch annehmen.

Wieder eine Ministerzusammenkunft

Eine Ministerzusammenkunft der sozialistischen Minister von Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Anhalt fand Montag in Leipzig statt. Besprochen wurde diesmal die Justizverwaltungsreform, ferner wurden Berichte entgegengenommen über die Lage der Volkshochschulen Tinz bei Gera und Dreißigacker bei Meiningen. Mit einer Aussprache über die Frage der Regelungsschwierigkeiten schloß die Sitzung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Einbruch. In der Zeit vom 28. bis 30. Januar sind aus einer Elektrogroßhandlung an der Ostra-Allee mittels Einbruchs sechs Stück elektrische Bügeleisen, 8½ und 4 Kilogramm schwer, etwa 60 Stück Messingfassungen für elektrische Lampen, ebensoviel Ausschalter, Wechsel- und Serienschalter auf Porzellansockel und Bleidosen und 20—25 Stück Schwachstromschalter in Metall- und Holzgehäusen im Gesamtwerte von 2500 M. gestohlen worden. Die Kriminalpolizei warnt vor Ankauf der Sachen und bittet um sachdienliche Mitteilungen.

Diebstahl. Am 14. Januar sind aus einem Geschäft an der Prager Straße 25 Meter weißer und 25 Meter schwarzer Crepe de Chine im Werte von 15 000 M. gestohlen worden. Sachdienliche Mitteilungen erbittet auch hierzu die Kriminalabteilung. — Zu dem am 28. Januar im Polizeibericht veröffentlichten Einbruchsdiebstahl in eine Tapisseriewarenfabrik an der Fröbelstraße ist zu berichten, daß die geschädigte Firma für Ermittlung der Täter und Wiedererlangung der Sachen 2000 M. Belohnung ausgesetzt hat. Außer den bereits bekanntgegebenen Sachen sind den Tätern noch ein Teil fertige Stickereiwaren in die Hände gefallen. Unter Hinweis auf die Belohnung ersucht die Kriminalpolizei alle Personen, die Wahrnehmungen zu dem Diebstahl gemacht haben oder Angaben über den Verbleib der gestohlenen Sachen machen können, nach der Kriminalpolizei.

Taschendieb festgenommen. Der Aufmerksamkeit von Zivilpersonen ist es zu danken, daß ein Taschendieb, der mindestens seit einem halben Jahre sein Unwesen hier treibt, unschädlich gemacht werden konnte. Freitag den 20. Januar bemerkten Angestellte einer hiesigen Firma an der Wilsdruffer Straße, wie sich ein Unbekannter an Personen heranmachte, um sie zu bestehlen. Sie verfolgten ihn nach der Markthalle am Antonsplatz und bemerkten, wie er dort einer Frau ein Geldtäschchen entwendete. Sie übergaben ihn der Polizei. Dort wurde in ihm der Händler Paul Johann Karl Schumann aus Leipzig-Volkmarsdorf festgestellt. Offenbar ist Schumann mit jenem Diebe personeneins, der seit langer Zeit sein Arbeitsfeld in der innern Stadt, insbesondere auf der Wilsdruffer, Prager und Seestraße, Altmarkt, in der Markthalle am Antonsplatz und auf dem Hauptbahnhofe suchte und dort jungen Damen aus den Handtaschen, Pompadours und Kleidertaschen Papiergeld und Geldtäschchen mit Inhalt stahl. Ein Lichtbild des Taschendiebes hängt im Schaukasten des Polizeihauses aus.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220131/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG